



**"Hochrangige Podiumsdiskussion über die Ernährungskrise, Produktion Investitionen und menschenwürdige Arbeit" - 97. Internationale Arbeitskonferenz, Genf, 11. Juni 2008**

**Beitrag von Ron Oswald, Generalsekretär, IUL**

Die IUL begüßt diese grundsatzpolitische Diskussion der IAO über den Zusammenhang zwischen Ernährungssicherheit, Produktion, Investitionen und menschenwürdige Arbeit, weil genau diese Aspekte der aktuellen Krise aus vielen Analysen und grundsätzlichen Vorschlägen, die zur Zeit vorgetragen werden, ausgeklammert bleiben, auch aus den Schlussfolgerungen der jüngsten FAO-Welternährungskonferenz, die wir deshalb als Fehlschlag betrachten.

Ein Grund für diesen Fehlschlag ist darin zu suchen, dass die Ernährungskrise in erster Linie unter dem Gesichtspunkt des rapiden Anstiegs der Nahrungsmittelpreise in den letzten drei Jahren betrachtet wird. Dieser ist aber nur ein Symptom einer anhaltenden, längerfristigen Krise, die bewirkt, dass mehr als 800 Millionen Menschen, darunter jenen, die in der Landwirtschaft tätig sind, das Recht auf angemessene Ernährung verweigert wird. Es sei darin erinnert, dass es in der Römer Erklärung von 1996 über die Welternährungssicherheit hieß: "Wir halten es für unannehmbar, dass mehr als 800 Millionen Menschen in aller Welt, vor allem in Entwicklungsländern, nicht über ausreichende Nahrung verfügen, um ihre grundlegenden Ernährungsbedürfnisse zu decken". Und dies wurde gesagt, als die weltweiten Preise der wichtigsten landwirtschaftlichen Rohstoffe zusammenbrachen und den niedrigsten Stand in drei Jahrzehnten erreichten. Aber unabhängig davon, ob die Landwirtschaftspreise Rekordhöhen oder Rekordtiefen erreichen, wird hunderten Millionen Menschen nach wie vor das Recht auf Ernährung verweigert.

Im Jahr 2002 hat die IUL "Die WTO und das Welternährungssystem" veröffentlicht. Wir begannen mit der Frage "Wenn der Zugang zu sicheren, nahrhaften Nahrungsmitteln ein grundlegendes Menschenrecht ist, warum hungern dann heute 820 Millionen Menschen? Warum hungern Menschen in Ländern, die Lebensmittel exportieren, und warum sind Landarbeiter ungenügend ernährt? Wenn der Wert der jährlichen weltweiten Ausfuhren an Landwirtschaftsprodukten 545 Milliarden US-Dollar beträgt, warum gehören dann landwirtschaftliche Lohnarbeiter und Kleinbauern zu den Ärmsten der Welt? Mehr als die Hälfte der Erwerbsbevölkerung der Welt ist in der landwirtschaftlichen Produktion tätig. Warum also sind die Bedingungen, unter denen Nahrungsmittel erzeugt werden, so schädlich für die Gesundheit und das Wohl dieser Menschen?"

Seit 2002 ist der weltweite Umfang des Handels mit Landwirtschaftsprodukten ständig auf über 700 Milliarden US-Dollar gestiegen - wobei diese Zahl noch

vor der jüngsten Hyperinflation erreicht wurde. Wo bleibt der Nutzen des ständig umfangreicheren Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, den uns die WTO versprochen hat, deren Doha-Runde nach der Forderung der FAO als wichtigste Lösung für den globalen Hunger zum Abschluss gebracht werden sollte? 2007 schätzte die FAO, dass 850 Millionen Menschen chronisch unterernährt waren, obgleich die Nahrungsmittelproduktion weiterhin schneller anstieg als das Bevölkerungswachstum. Heute, im Jahr 2008, spricht sogar der IWF von weiteren 100 Millionen potenziellen neuen Opfern des Hungers.

Ein System, das ständig mehr als 800 Millionen Menschen zu Hunger und Unterernährung verurteilt, befindet sich ganz offensichtlich in einer *permanenten* Krise. Unter dem Gesichtspunkt des internationalen Menschenrechts, das auch das universale Recht aller Menschen auf angemessen, erschwingliche Ernährung und die Verpflichtung der Regierungen, dieses Recht zu schützen und durchzusetzen, umfasst, ist dieses System mehr als ein bloßer Fehlschlag. Es ist ein Verbrechen. Zu den sichtbarsten Opfern dieser massiven Verletzung des Rechtes auf Ernährung gehören die fast eine halbe Milliarde Männer und Frauen, die dazu beitragen, die Nahrungsmittel zu erzeugen, auf die wir alle angewiesen sind: die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter.

Was heute neu ist, sind die fast gleichzeitigen Massenproteste in rund 30 Ländern, die die andauernde Verletzung der Menschenrechte zu einer potenziellen politischen Krise für die Regierungen gemacht haben.

Das **neue Element**, das diese Proteste verursacht, ist die Hyperinflation bei Grundnahrungsmitteln. Die Preise einiger dieser Grundbedarfsgüter haben sich in nur einem Jahr verdoppelt und verdreifacht, einige sogar innerhalb von einigen Monaten. Am 31. März stieg der Reispreis *an einem einzigen* Tag um 31%; am 25. Februar der Weizenpreis um 27%.

Schätzungen zufolge kann jeder Anstieg des Preises von Grundnahrungsmitteln um einen Prozentpunkt bedeuten, dass weitere 16 Millionen in Entwicklungsländern Hunger leiden. Die erste Frage, die deshalb gestellt werden muss, lautet, warum so viele Millionen bereits am Rande der Existenz leben und warum so viele dieser Menschen in der Landwirtschaft tätig sind?

Wenn es also dringend erforderlich ist, den Anstieg der Preise zu stoppen, müssen wir uns fragen, warum es keine offiziellen Vorschläge gibt, die Einkommen der Landarbeiter zu erhöhen, um dadurch den Verlust an Kaufkraft und Kalorien auszugleichen. Wir sollten die Frage stellen, warum Millionen Landarbeiter unter Hunger und Armut litten, als die Preise für landwirtschaftliche Rohstoffe ständig *sanken*, wie dies in den 1990er Jahren der Fall war. Wir sollten fragen, warum die Einzelhandelspreise für Kaffee, Tee oder Zucker mehr als ein Jahrzehnt lang stabil blieben oder sogar stiegen, während sich gleichzeitig die Weltmarktpreise für diese Produkte im freien Fall befanden. Warum stiegen in diesen Jahren die Gewinne der transnationalen

Verarbeiter und Händler und festigten sich ihre Käufermacht und Marktposition, während die Löhne der Kaffee-, Tee- und Zuckerarbeiter stagnierten oder in einigen Fällen sogar drastisch fielen?

Wo ist die Kopplung von Rohstoffpreisen, Einzelhandelspreisen, Löhnen und Kaufkraft, die, wie uns die WTO versicherte, der liberalisierte Handel durch die "optimale Nutzung der Ressourcen" bewirken werde? Die Abhängigkeit von den schwankenden globalen Rohstoffpreisen hat ganze Bevölkerungen an den Rand des Hungertodes getrieben.

Die FAO-Konferenz in der vorigen Woche endete mit der Forderung, die Doha-Runde rasch zum Abschluss zu bringen. Wie aber können wir auf einen rascheren Abschluss der Doha-Runde drängen, wenn es doch das WTO-System - und insbesondere das Landwirtschaftsabkommen - war, dass Einfuhrsteigerungen erleichterte, die wesentliche Systeme der lokalen und nationalen Nahrungsmittelproduktion vernichteten. Von 1995 bis 2000 fiel der Maispreis in Mexiko um 70%, während sich der Preis der Tortillas, dem als Grundnahrungsmittel dienenden Maisbrot, um 300% erhöhte und im letzten Jahr innerhalb von wenigen Monaten vervierfachte. In diesen fünf Jahren wurden Schätzungen zufolge 1,3 Millionen Arbeitnehmer und Kleinbauern gezwungen, auf der Suche nach Arbeit die ländlichen Regionen zu verlassen. Viele wurden sogar gezwungen, Mexiko zu verlassen.

Rohstoffpreise allein sagen nichts darüber aus, in welchem Umfang die Landarbeiter der Welt sich selbst oder die Armen in den Städten ernähren können. *Die Hauptprobleme sind Verletzbarkeit, Volatilität und die Wertgewinnung entlang der Nahrungsmittelkette.*

Während weitere 100 Millionen Menschen durch die rasch steigenden Getreide- und Ölsaatpreise vom Hunger bedroht sind, erreichen die Gewinne der Handels- und Verarbeitungskonzerne Rekordhöhen. Cargill, das weltweit größte Handelsunternehmen, verzeichnete im ersten Quartal dieses Jahres einen Gewinnanstieg aus dem Rohstoffhandel um 86%. Die Gewinne von ADM, dem zweitgrößten Handelsunternehmen, lagen 2007 um 67% höher als im Vorjahr. Bunge konnte auf der Welle der steigenden Nachfrage nach Ölsaat zur Erzeugung von Biodiesel im ersten Quartal dieses Jahres einen Gewinnanstieg um 77% verbuchen. Nestlé, der größte Lebensmittelkonzern der Welt, meldete außergewöhnlich hohe Gewinne und startete ein Aktienrückkaufprogramm im Umfang von 25 Milliarden Dollar - wobei das Unternehmen seinen Arbeitnehmern gleichzeitig erläuterte, dass sie sich wegen der höheren Input-Preise auf Entlassungen und Lohnkürzungen vorzubereiten hätten.

Im 50-seitigen Dokument der FAO für die Welternährungskonferenz findet sich das Wort Unternehmen nicht ein einziges Mal - und das in einem Bericht mit dem Titel "Tatsachen, Perspektiven, Auswirkungen und notwendige Aktionen". Es findet sich auch nicht im Landwirtschaftsausblick von OECD und FAO - dagegen aber eine Botschaft an die Armen der Welt, wonach sie für die

Dauer des nächsten Jahrzehnts oder noch länger mit Lebensmittelpreisen rechnen müssen, die für sie nicht erschwinglich sein werden. In beiden Dokumenten sind die Hauptprobleme und Hauptakteure der Krise des Welternährungssystems bewusst ausgeklammert worden. Die treibende Kraft der Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen im abgelaufenen Jahrzehnt - nämlich die gewaltige Zunahme des Einflusses, der Macht und der Marktanteile transnationaler Konzerne, nicht nur über Grenze hinweg sondern mit Hilfe konzerninterner Geschäfte und Tochterfirmen auch *innerhalb* lokaler und nationaler Märkte - wird mit keinem Wort erwähnt. Es gibt nur Märkte, Marktsignale und Preise. Wie können wir angesichts dieser "Tatsachen" und dieser "Perspektive" die wirklichen Mechanismen verstehen und die Probleme in sinnvoller Weise angehen?

Die Kräfte, die den Hunger fördern, entwickeln sich nicht von selbst - sie werden vielmehr entwickelt. Wenn die weltweiten Getreidevorräte niedrig sind, dann deshalb, weil Regierungen systematisch gedrängt, bearbeitet, erpresst und verführt wurden, diese Vorräte vollständig zu verkaufen, womit sie einen wesentlichen Mechanismus zur Kontrolle des Angebots privatisiert haben. Jetzt kontrollieren die Konzerne die Nahrungsmittelvorräte des Planeten. Die von der öffentlichen Hand finanzierte landwirtschaftliche Forschung "schrumpfte" nicht nur - sie wurde vielmehr unter dem wachsamen Auge der Weltbank bewusst demontiert, um sicherzustellen, dass die Forschung zum alleinigen Reservat der Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Konzerne würde.

Da die wichtigsten Akteure unsichtbar bleiben - insbesondere die Konzerne und die Finanzinvestoren, die zunehmend diktieren, wie und was angebaut, geerntet, verarbeitet und zu welchem Preis vertrieben wird - müssen wir uns mit einem "Aktionsplan" begnügen, der den Armen erklärt, es werde im wesentlichen weitergehen wie bisher. Was in Rom eine Gelegenheit für die Regierungen hätte sein sollen, ihre Entschlossenheit zu bekunden, ihrer Verpflichtung nachzukommen, das Recht auf Ernährung zu schützen und durchzusetzen, erbrachte nur humanitäre Hilfe und vage Rufe nach mehr Investitionen, mehr Saatgut, mehr Dünger usw. - ohne klarzustellen, welche Art von Investitionen, welche Investoren, welches Saatgut und welche Investitionen für wen.

Während internationale Organisationen plötzlich entdeckt haben, dass die Landwirtschaftsinvestitionen zu gering sind, haben sich die Rohstoffindexinvestitionen von 13 Milliarden US-Dollar im Jahr 2003 auf 260 Milliarden Dollar im März 2008 erhöht - und könnten nach Ansicht einiger Analysten sogar eine Billion US-Dollar erreichen. Und dennoch widmete das Dokument der FAO für die Konferenz von Rom dieser Entwicklung im Abschnitt "Beurteilung jüngster Entwicklungen" nur ganze zwei Absätze und nicht ein Wort im Abschnitt "Grundsatzpolitische Optionen". Private Equity und Hedge Fonds - Investoren, die in erster Linie kurzfristige hohe Gewinne anstreben - beschränken sich nicht mehr auf die Terminmärkte, sondern wenden nunmehr Milliarden auf, um Ackerland, Inputs und Infrastruktureinrichtungen zu erwerben. Die reale Welt bleibt außen vor - und damit Produktion, Investitionen

und menschenwürdige Arbeit. Die realen Probleme lauten welche Art Investition, welche Art Produktion und wer profitiert.

Untersuchungen der Weltbank haben überzeugend gezeigt, dass die massive Umlenkung von Getreide und Ölsaaten zur Produktion von Biotreibstoffen einen hohen Anteil an der Inflation der Lebensmittelpreise hat, der von einem Drittel bis zu 75%, wie eine Untersuchung ergeben hat, reichen kann, wenn auch die Landnutzung und die Auswirkungen auf die Lebensmittelvorräte berücksichtigt werden. Auch der eskalierende Preis des Erdöls ist ein kritischer Faktor, denn das Welternährungssystem stützt sich auf fossile Brennstoffe für Pestizide und Dünger sowie für den Transport über weite Entfernungen. Nahrungsmittel sind zu einem Zweig der petrochemischen Industrie geworden. Nach Ansicht der FAO ist der Anteil der Spekulation am Preisauftrieb unbedeutend, obwohl Investmentfonds hunderte Milliarden Dollar auf höhere Preise wetten und damit eine Blase erzeugen, die die Preise weiter treibt. Nur die Spekulation jagte den Terminpreis für Reis am 31. März innerhalb weniger Stunden um 31% in die Höhe. Die Einzelhandelspreise ziehen nach, und die Folgen können tödlich sein. Tom Giessel, ein Weizenfarmer aus den USA, meinte hierzu vor kurzem: "Wir machen alles zu handelbaren Gütern und vergessen ganz, dass es sich um Nahrungsmittel handelt, um etwas, was die Menschen benötigen. Wir handeln mit Leben".

Den Hunger zu bekämpfen erfordert, die industrialisierten Monokulturen aufzugeben, die den Boden auslaugen und die Wasserressourcen erschöpfen und kontaminieren. Den Regierungen müssen wieder die Instrumente an die Hand gegeben werden, mit deren Hilfe sie Ernährungssicherheit durch Investitionen in lokale und nationale Ernährungssysteme gewährleisten können. Es ist offensichtlich, dass wir die Nutzung von Nahrungsmitteln für Treibstofftanks statt für den menschlichen Konsum stoppen müssen. Die Bereiche Ernährung und Landwirtschaft müssen durch Regulierung vor den Finanzmärkten geschützt werden. Und wir müssen die grundlegenden Rechte all jener, die in der Landwirtschaft tätig sind, sichern. Genau dies sind einige der Schlussfolgerungen des Weltlandwirtschaftsrates, einer internationalen Institution der Vereinten Nationen, dessen jüngster Bericht von mehr als 60 Nationen gebilligt wurde, dessen Feststellungen und Schlussfolgerungen jedoch auf dem FAO-Gipfel keinerlei Rolle spielten.

Während wir den 60. Jahrestag des IAO-Übereinkommens über Vereinigungsfreiheit begehen, werden die Rechte der Landarbeiter nach wie vor systematisch verletzt, und diese systematische Verletzung von Rechten findet ihren Niederschlag in einem Ernährungssystem, das weder sozial noch ökologisch nachhaltig ist. Landarbeit ist nach wie vor ein Bereich, in dem Armut, Gewalt, Kinderarbeit, Tod und Verletzungen am Arbeitsplatz an der Tagesordnung sind. Landarbeiter sind in einigen der reichsten Länder der Welt, in Ländern, die zu den großen Nahrungsmittelerzeugern und –exporteuren gehören, nach wie vor vom Geltungsbereich der innerstaatlichen Arbeitsbeziehungssysteme ausgeschlossen. Wie ist es im Jahr 2008 möglich,

dass wir immer noch für die Anerkennung des Rechtes der Landarbeiter auf Trinkwasser als universales Menschenrecht kämpfen?

Das fehlende Bindeglied zwischen Investitionen, Produktion und menschenwürdiger Arbeit - so lautet ja der Titel dieser Podiumsdiskussion - ist sozialorientierte Regulierung. Gleich, wie viele Milliarden oder gar Billionen in die Landwirtschaft fließen, werden diese Investitionen nie menschenwürdige Arbeit bewirken oder das Recht auf Ernährung fördern. Was wir stattdessen sehen, ist Volatilität und damit mehr Verletzbarkeit. Sozialorientierte Regulierung auf nationaler und subnationaler Ebene, darunter auch die Umsetzung von IAO-Normen, ist notwendig, um zu gewährleisten, dass diese Kapitalströme so gelenkt werden, dass sie menschenwürdige Arbeit, Verminderung der Armut und nachhaltige Ernährungssicherheit bewirken. Regierungen müssen das Recht haben und ausüben können, die Ernährung und Lebensmittelarbeiter zu schützen.

Deshalb muss die IAO eine zentrale Rolle innerhalb der interorganisatorischen Arbeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Ernährungssicherheit spielen. Wir halten es deshalb für unerlässlich, dass die IAO im Anschluss an die Arbeit des diesjährigen Konferenzausschusses für ländliche Beschäftigung zur Verminderung der Armut die rasche Einberufung eines öffentlichen grundsatzpolitischen Forums über die globale Ernährungskrise unter dem Gesichtspunkt Produktion, Investitionen und menschenwürdige Arbeit fordert, eines grundsatzpolitischen Forums, in dem die Männer und Frauen, die dazu beitragen, die Nahrungsmittel der Welt zu erzeugen, und ihre Gewerkschaften die wirklichen Probleme und wirklichen Lösungen zur Sprache bringen können.

\* \* \* \* \*

*Die Internationale Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café- und Genussmittelarbeiter-Gewerkschaften (IUL) ist ein internationaler Gewerkschaftsbund, dem 373 Gewerkschaften aus 121 Ländern mit mehr als 2,8 Millionen Mitgliedern angehören. Sie hat ihren Sitz in Genf.*

Internationale Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café- und Genussmittelarbeiter-Gewerkschaften (IUL)

Rampe du Pont-Rouge, 8, CH-1213 Petit-Lancy (Schweiz)

Tel.: +41 22 793 22 33

Fax:: +41 22 693 22 38

[www.iuf.org](http://www.iuf.org)

[iuf@iuf.org](mailto:iuf@iuf.org)